

Zentralrat Deutsche Sinti und Roma

27. Juni 2005

PRESSEERKLÄRUNG

Rose gegen Zwangsrückführung von Roma-Flüchtlingen in den Kosovo

Gegen den Beschluß der Innenministerkonferenz (IMK) vom vergangenen Freitag, Bundesinnenminister Schily solle „mit der UN-Verwaltungskommission im Kosovo über die Ausweitung der zwangsweisen Rückführung von Minderheitenangehörigen in den Kosovo verhandeln“, wandte sich heute der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose. Dazu schrieb heute Rose an den IMK-Vorsitzenden, Baden-Württembergs Innenminister, Heribert Rech, die Roma aus dem Kosovo benötigten auch nach Einschätzung der UNO generell weiterhin internationalen Schutz in ihren Zufluchtsländern. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen in Genf (UNHCR) zählt die Roma in seinem jüngsten Kosovo-Bericht nach wie vor zu den Personengruppen, die am stärksten von „schwerwiegenden ethnisch motivierten Straftaten“ betroffen sind. Der UNHCR lehnt deshalb deren Abschiebung ab.

Angehörige der Roma-Minderheit seien im Kosovo ständig der Gefahr von „Zwischenfällen“ ausgesetzt, bei denen „Transporte mit Steine beworfen, einzelne Personen tätlich angegriffen, belästigt oder eingeschüchtert“ würden, oder bei denen das Eigentum und der Besitz von Minderheiten-Angehörigen geplündert, zerstört oder illegal in Beschlag genommen werde, so zitierte Rose den UN-Flüchtlingskommissar in seinem Schreiben an Resch. Laut dem UNHCR-Bericht werden Kinder der Roma auch auf dem Schulweg bedroht oder angegriffen und die Minderheit werde beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheits- und Schulwesen und Justiz massiv behindert. Rose kritisierte, die Abschiebung von Flüchtlings-Familien der Roma aus dem Kosovo würde gegen fundamentale Menschenrechte verstoßen und nicht der besonderen Verantwortung Deutschlands nach dem Holocaust gerecht.